

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingetragen am 24.06.2026, 09:13:08

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Zuständiger Ausschuss: Soziales

Regierungsmitglied(er): Landesrat Mag. Hannes Amesbauer, BA

Betreff:

Armutsgefährdete und vulnerable Menschen wirksam vor den Folgen zunehmender Hitzebelastung schützen

Die Auswirkungen der Klimakrise sind in der Steiermark längst Realität. Die Zahl der Hitzetage und Tropennächte steigt kontinuierlich an, wodurch sich gesundheitliche und soziale Belastungen insbesondere für jene Menschen verschärfen, die bereits heute mit Armut, gesundheitlichen Einschränkungen oder sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind.

Hitze ist dabei nicht nur eine ökologische oder gesundheitspolitische Herausforderung, sondern zunehmend auch eine soziale Frage. Menschen mit geringem Einkommen leben überdurchschnittlich häufig in Wohnungen mit schlechter Beschattung und unzureichendem Hitzeschutz. Gleichzeitig verfügen sie oftmals nicht über die finanziellen Möglichkeiten, Kühlungsmaßnahmen zu setzen oder zusätzliche Stromkosten für Ventilatoren oder andere Kühlgeräte zu tragen. Besonders betroffen sind ältere Menschen mit niedrigen Einkommen, Alleinerzieher:innen, Menschen mit Behinderungen, wohnungslose Menschen, Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung sowie Personen mit Betreuungs- und Pflegeverpflichtungen. Der aktuelle *Children's Climate Risk Report 2026* der UNICEF zeigt zudem, dass auch in Österreich insgesamt rund 497.000 Kinder unter 18 Jahren in Regionen leben, die mindestens zwei gleichzeitig auftretenden Klimarisiken ausgesetzt sind (Dürre, Hitzebelastung, Trockenheit).

Der steirische Hitzeschutzplan enthält bereits wichtige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitlichen Folgen extremer Hitze. Um jedoch zu verhindern, dass die Klimakrise bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärft, braucht es ergänzend dazu gezielte sozialpolitische Maßnahmen, die armutsgefährdete und vulnerable Menschen wirksam erreichen.

Im Zuständigkeitsbereich des Sozialressorts bestehen zahlreiche Möglichkeiten, den „sozialen Hitzeschutz“ auszubauen. Dazu zählen insbesondere die bessere Berücksichtigung klimabedingter Belastungen in der Sozialplanung, die gezielte Unterstützung von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, der Armutsbekämpfung sowie von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, die Förderung niederschwelliger Unterstützungsangebote während Hitzeperioden sowie die Entwicklung sozialer Maßnahmen für besonders gefährdete Personengruppen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Zuständigkeitsbereich des Sozialressorts folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. vorzubereiten:

1. klimabedingte Belastungen armutsgefährdeter Bevölkerungsgruppen regelmäßig zu erfassen und die sozialen Auswirkungen zunehmender Hitzebelastungen systematisch in die steirische Sozial- und Armutsplanung zu integrieren;
2. gemeinsam mit Sozialorganisationen, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Behindertenhilfe und Armutsbekämpfung einen sozialen Hitzeaktionsplan zu entwickeln, der gezielte Unterstützungsmaßnahmen für besonders gefährdete Personengruppen vorsieht;
3. Sozial- und Betreuungseinrichtungen, Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen sowie psychosoziale Einrichtungen bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen gezielt zu unterstützen und dafür erforderliche Ressourcen bereitzustellen;
4. gemeinsam mit Sozialorganisationen und Gemeinden niederschwellige Unterstützungsangebote für wohnungslose Menschen während Hitzeperioden auszubauen, insbesondere durch zusätzliche Tagesaufenthaltsmöglichkeiten mit Kühlmöglichkeiten, die Bereitstellung von Trinkwasser sowie mobile Unterstützungsangebote;
5. Unterstützungsmodelle für einkommensschwache Haushalte zu entwickeln, die die Anschaffung einfacher Hitzeschutzmaßnahmen wie Ventilatoren oder außenliegender Beschattungssysteme erleichtern.
6. bestehende Besuchs-, Nachbarschafts- und Freiwilligenprogramme für alleinlebende ältere Menschen sowie andere besonders gefährdete Personengruppen während Hitzeperioden gezielt zu stärken und auszubauen.

Unterschrift(en):

LTAvg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAvg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAvg. Lambert Schönleitner (Grüne)